



Pressemitteilung Nr. 16-157
vom 04.05.2012

Anschrift Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Telefon 0511/3030-4011/13
Fax 0511/3030-4808
E-Mail SPDPresse@LT.Niedersachsen.de
Internet www.spd-fraktion-niedersachsen.de

CDU-Kultusminister nahmen Rechtsverstöße billigend in Kauf

Anlässlich der Vorlage der Auswertung der Akten zum Thema Honorarkräfte an Ganztagschulen erklärt die stellvertretende Vorsitzende und schulpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Frauke Heiligenstadt:

„Seit annähernd zwei Jahren muss sich der Landtag mit der Problematik rechtlich unzulässiger Honorarverträge an Ganztagschulen auseinandersetzen. Diese Zeit war von dramatischen Entwicklungen begleitet. Dass etwa die Staatsanwaltschaft im Januar 2011 im Kultusministerium auftauchte, war beispiellos.

Wir haben im Laufe der Zeit für viele unserer Vermutungen und Befürchtungen Bestätigungen gefunden. Immer wieder haben wir durch parlamentarische Initiativen auf die Situation aufmerksam gemacht, immer wieder haben wir den Minister im Parlament gestellt. Und immer wieder erhielten wir von Herrn Althusmann die Auskunft, es sei alles in bester Ordnung. Das Gegenteil ist der Fall.

Nach der Durchsicht der Akten stellt sich folgendes Bild dar: Bernd Busemann hat in seiner Zeit als niedersächsischer Kultusminister ein Ganztagschulsystem aufgebaut, das auf den massenhaften Einsatz außerschulischer Fachkräfte zu Dumpinglöhnen setzte. Im Vordergrund standen schnelle Erfolgsmeldungen über immer neue genehmigte Ganztagschulen. Dass dabei rechtliche Standards verletzt wurden, wurde mindestens billigend von Busemann in Kauf genommen. Warnungen von Mitarbeitern des Kultusministeriums gab es zuhauf. Zahlreiche

Aktenvermerke belegen, mit welcher großen Bedenken Anweisungen der Haus-
spitze ausgeführt wurden.

Auch die Nachfolger Elisabeth Heister-Neumann und Bernd Althusmann führten diesen Ansatz im Kern unverändert fort. Jüngstes Beispiel ist die Jubel-Presse-
erklärung des Ministers Althusmann vom 14. März dieses Jahres, in der er unge-
rührt die Gründung von mindestens 187 neuen Ganztagschulen im kommenden
Schuljahr ankündigt. Gleichzeitig ist Althusmann bemüht, das von Busemann
eingeführte Billigkonstrukt ‚Ganztagschule light‘ ohne zusätzliche Kosten noch
irgendwie mit der geltenden Rechtslage in Einklang zu bringen. Dem süßen poli-
tischen Gift der vermeintlich leicht zu erreichenden Erfolgsmeldungen hat auch
Althusmann immer noch nicht abgeschworen. Die Zeche zahlen die Beitragszah-
ler der Sozialversicherung, die Schulleitungen und nicht zuletzt die eingesetzten
Honorarkräfte selbst.

Die erheblichen rechtlichen Probleme waren seit zehn Jahren allen CDU-Kultus-
ministern bekannt. Keiner von ihnen hat etwas unternommen und gegengesteu-
ert. Es ist unglaublich, wie fahrlässig die Landesregierung mit der Situation an
unseren Ganztagschulen umgegangen ist und weiterhin umgeht. Sehenden
Auges hat diese Landesregierung in eine Katastrophe gesteuert, deren Auswir-
kungen noch gar nicht bis ins letzte Detail überblickt werden können. Es tun sich
Abgründe auf – nicht nur rechtlich, sondern auch finanziell.

Alle Versprechen, das Problem lasse sich leicht lösen, waren in der Vergangen-
heit nichts wert. Die Situation ist so unerträglich, dass nach dem Regierungs-
wechsel 2013 zügig eine Lösung erarbeitet werden muss. Das wird aber nicht
von heute auf morgen gehen. Eines steht aber fest: Das Wissen und die Kompe-
tenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Kultusministerium und der Landes-
schulbehörde werden danach wieder Gehör finden. Ich danke den Mitarbeiterin-
nen und Mitarbeitern, dass sie durch Vermerke, Emails und auf anderen Wegen
kontinuierlich auf die Situation aufmerksam gemacht haben. Leider wurden sie
von den Ministern ignoriert.

Eines ist klar: Ein ‚weiter so‘ kann und darf es nicht geben.“